StOAR Idel stellt den Beschlussvorschlag vor und erläutert, dass dieser auf der aktuellen Gesetzeslage beruht. Die Haushaltsgenehmigung für 2016 liegt derzeit noch nicht vor. In dem Haushalt sind keine Erlöse aus dem Verkauf der Kramermarktwiese eingeplant. Sämtliche Entwürfe des Investitionsprogramms werden der Kommunalaufsicht zur Verfügung gestellt, sodass eine kontinuierliche Abstimmung mit der Kommunalaufsicht erfolgt.

RM Riemer verweist auf einen Grundsatzbeschluss aus dem Schul-, Jugend- und Sozialausschuss wie mit den Erlösen aus dem Verkauf der Spielplatzflächen umzugehen ist.

RM Homfeldt gibt zu bedenken, dass Erlöse aus dem Verkauf von Anlagevermögen für die Schuldentilgung aufgewendet werden sollten. Andernfalls wird sich der Bilanzwert auf Dauer gesehen verringern. Ebenfalls ist davon auszugehen, dass die Steuereinnahmen wieder sinken werden. Neuen Investitionen steht auch immer der Schuldenstand gegenüber. Eine derartige Verfahrensweise ist zwar rechtlich in Ordnung, politisch jedoch falsch. Weiterhin fragt RM Homfeldt an, welche Bedeutung die Schuldenobergrenze in der Haushaltsgenehmigung vom Landkreis Friesland hat.

BM Böhling erklärt, dass zunächst vorsichtig kalkuliert wird. Die Ausgaben sind in voller Höhe im Haushalt eingeplant. Einnahmen, wie beispielsweise bei der Erweiterung des Gewerbegebietes Branterei in Form von Zuschüssen und Erlöse aus Grundstücksverkäufen, sind bisher noch gar nicht berücksichtigt. Vor diesem Hintergrund wird die Schuldenentwicklung so nicht eintreten.

Um Irritationen zu vermeiden stellt StOAR Idel klar, dass Erlöse aus dem Verkauf von Anlagevermögen nicht für Sanierungsarbeiten herangezogen werden dürfen. Zu der Frage nach der Schuldenobergrenze in der Haushaltsgenehmigung teilt StOAR Idel mit, dass der Landkreis bisher lediglich auf die Obergrenze hingewiesen hat.

RM von Heynitz erkundigt sich nach den Einnahmen für das Gewerbegebiet und merkt an, dass es sich hierbei um eine wichtige Information vom Controlling handeln würde, um die entsprechenden Beschlüsse fassen zu können.

BM Böhling unterstreicht, dass es sich um eine wichtige Information handelt. Wenn die Stadt Schortens Zuschüsse erhält, darf sie beim Verkauf der Grundstücke keinen Gewinn machen. Von daher kann man bei Ausgaben von ca. 2,6 Mio € auch mit entsprechenden Einnahmen von 2,6 Mio € kalkulieren. Sofern die Stadt keine Zuschüsse erhält, sind die Verkaufspreise grundsätzlich in der Höhe nicht begrenzt. Die Entscheidung trifft der Rat.

RM Eggerichs erinnert daran, dass bei den Planungen für das Jahr 2013 von einem Schuldenstand im Jahr 2016 von 24 Mio. € ohne die aktuellen Themen wie das Feuerwehrgerätehaus, das Gewerbegebiet und die Flüchtlingsunterkunft ausgegangen wurde. Inklusiv dieser Maßnahmen ist aktuell von einem Schuldenstand von etwa 20 Mio. € im Jahr 2017 auszugehen. Zunächst stehen diese Maßnahmen im Investitionsprogramm, sodass abzuwarten bleibt, wie sich der Landkreis dazu äußert.

RM Homfeldt unterstreicht, dass der Anstieg nicht mehr so steil ist wie zunächst angedacht. Allerdings ist hier noch eine mögliche Beschlussfassung zu den Maßnahmen Campingplatz, Turnhallen und Bürgerhaus zu berücksichtigen. Die derzeitigen Überschüsse im Haushalt reichen nicht aus, um größere Maßnahmen zu tätigen. Hierbei ist ebenfalls zu bedenken, dass man sich in einer Zeit mit einem niedrigen Zinsniveau und hohen Steuereinnahmen befindet. Weiterhin kann die Gefahr bestehen, dass die Stadt Schortens ein schlechtes Ranking erhält und dadurch womöglich überhaupt keine Darlehen mehr bekommt.

RM Eggerichs verdeutlicht, dass die Zahlen alle vorliegen. Es bestehen lediglich unterschiedliche Auffassungen dahingehend, was sich die Stadt Schortens leisten kann. Wenn sich irgendwann herausstellt, dass man sich etwas nicht leisten kann, wird man gegebenenfalls Abstriche machen müssen.

BM Böhling bestätigt, dass man durchaus unterschiedlicher Auffassung sein kann. Insbesondere bei den Darlehen hat man derzeit jedoch eine hohe Zinssicherheit mit abschließender Tilgung. Einnahmen beim Gewerbegebiet werden den Schuldenstand verringern und werden künftig im Haushalt mit eingeplant.

Auf Nachfrage des Bürgers Herr Grimpe, wie sich der investive Verkauf des „alten“ Feuerwehrgerätehauses Sillenstede mit möglichen Maßnahmen am ehemaligen Rathaus Sillenstede vereinbaren lässt, erläutert BM Böhling, dass Sanierungsmaßnahmen im Ergebnishaushalt zu berücksichtigen sind. Maßnahmen, welche eine wesentliche Verbesserung des Gebäudes mit sich bringen oder Maßnahmen, für welche die Stadt Schortens von bestimmten Zuwendungsgebern Zuwendungen erhält, sind investiv zu berücksichtigen.

RM von Heynitz erkundigt sich, ob es sich bei der Sanierung der Spielplätze und dem Verkaufserlös aus den Spielplätzen ähnlich verhält. Hierzu teilt StOAR Idel mit, dass aktuell zwei Spielplätze veräußert werden. Im Investitionsprogramm 2016 ist für die Neugestaltung Spielplatz Grundschule Schortens ein Betrag in Höhe von 50.000,00 € eingeplant.

Bei einer kurzen aufkommenden Diskussion zu den Themen der zeitlichen Abfolge beim Verkauf von

Gewerbegrundstücken, möglichen Vorverträgen und Haushaltszielen verweist RM Prof. Dr. Appel auf die eigentliche Thematik der Sitzungsvorlage.

Abschließend besteht im Ausschuss Einigkeit, dass ein Beschluss entbehrlich ist. Der Vorschlag der Verwaltung wird vom Ausschuss zur Kenntnis genommen.